

Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen



Das Ziel dieses Kapitels liegt in der Beschreibung einiger wesentlicher, das Bildungswesen beeinflussender Rahmenbedingungen. Dabei wird der Blick auf die aktuelle Situation durch eine Betrachtung entsprechender Entwicklungen im Zeitverlauf ergänzt. Die deutlichste Relevanz für das Bildungswesen haben die Entwicklungen im Bereich der Demografie, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Familien- und Lebensformen und auf dem Arbeitsmarkt.

Der demografische Wandel hinterlässt zunehmend seine Spuren (**A1**). Eine immer älter werdende Gesellschaft und ein gerade in den jüngeren Altersgruppen weiter zunehmender Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund stellen das Bildungssystem gegenwärtig und stärker noch in Zukunft vor andere Herausforderungen, als es noch vor 25 Jahren der Fall war.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte haben notwendig Auswirkungen auf die Ausstattung des Bildungssystems mit Ressourcen (**A2**).

Auch auf den Bereich der Erwerbstätigkeit hat der demografische Wandel Auswirkungen: Aktuell und verstärkt noch in den nächsten Jahren gehen geburtenstarke Kohorten (*Baby-Boomer*) von der Erwerbs- in die Nacherwerbsphase über. Immer weniger Erwerbstätige müssen in Zukunft für immer mehr

Personen in der Vor- und Nacherwerbsphase aufkommen, was auch das Bildungssystem – gerade vor dem Hintergrund der zu erwartenden qualifikationsspezifischen Anforderungen des Arbeitskräftemarkts – vor große Herausforderungen stellt (**A3**). Dieser neue Indikator greift damit einzelne inhaltliche Elemente der Indikatoren **A1** und **A2** der früheren Berichte auf, wobei hier ein stärkerer Fokus auf der Erwerbstätigkeit liegt.

Der Wandel der Familien- und Lebensformen verdient ebenfalls Aufmerksamkeit, da die Familie noch vor Kindertagesbetreuung und Schule die erste Lernumwelt darstellt. Die Situation in der Familie – der Bildungsstand der Eltern, deren Erwerbsstatus sowie die finanzielle Ausstattung – haben aus unterschiedlichen Gründen Einfluss auf die Bildungschancen der in den Familien aufwachsenden Kinder. Die Entwicklung der jeweiligen Risikolagen der Familien wird entsprechend, auch mit Blick auf regionale Unterschiede, betrachtet (**A4**, bisher **A3**).

Die Indikatoren greifen die Ergebnisse der vorhergehenden Bildungsberichte auf und schreiben sie fort. Zusätzlich werden die Analysen und Darstellungen nach verschiedenen Aspekten wie dem Migrationshintergrund sowie – wo es sich anbietet – regional differenziert betrachtet, sodass sich ein umfassendes, aber auch detailliertes Bild ergibt.

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung ist bei der Beschreibung des Bildungssystems deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie mit der Angabe über die aktuelle und zukünftige Stärke bildungsrelevanter Altersgruppen die Grundlage für bildungsplanerische Entscheidungen darstellt.

Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung hängt von drei Einflussfaktoren ab: der Geburtenzahl und den Sterbefällen als ‚natürliche‘ Veränderungen sowie den Wanderungen, innerhalb Deutschlands und über seine Grenzen hinweg. Für Deutschland lässt sich als generelle Tendenz festhalten: Die stetig steigende Lebenserwartung in Verbindung mit einer beständig abnehmenden Zahl an Geburten führt zu einer Abnahme der Einwohnerzahl und zugleich zu einer Alterung der Gesellschaft (**Abb. A1-1**). Zwar konnte in den letzten Jahren eine Stabilisierung bzw. sogar ein moderater Anstieg der Bevölkerungsgröße durch eine vergleichsweise hohe Zuwanderung aus dem Ausland verzeichnet werden; mittel- und langfristig werden Zuwanderungseffekte den Rückgang aber kaum aufhalten können.¹

Bevölkerungszahl langfristig rückläufig, Lebenserwartung weiter steigend

Jeder Fünfte in Deutschland mit Migrationshintergrund, ...

... in den jüngeren Altersgruppen stark zunehmend

2012 haben in Deutschland 20% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund; 96% von ihnen leben in Westdeutschland und Berlin. Zwei Drittel der Personen mit Migrationshintergrund haben eigene Migrationserfahrung, sind also selbst zugewandert.

Der Anteil jüngerer Menschen mit Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerung nimmt weiter zu: Deren Anteil beträgt bei den 15- bis unter 20-Jährigen 28%, bei den 10- bis unter 15-Jährigen 30%, bei den 5- bis unter 10-Jährigen 34% und bei den unter 5-Jährigen bereits 36%. Trotz dieser deutlichen Zunahme bei den Personen mit Migrationshintergrund sinkt der Anteil ausländischer Staatsbürger in den jüngeren Altersgruppen – insbesondere wegen der Optionsregelung – deutlich: Sind noch 38% der 15- bis unter 20-jährigen in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund keine deutschen Staatsbürger, trifft dies auf nur noch 15% der entsprechenden unter 5-Jährigen zu.²

Geburtenentwicklung

Weiterhin sinkende Geburtenanzahl

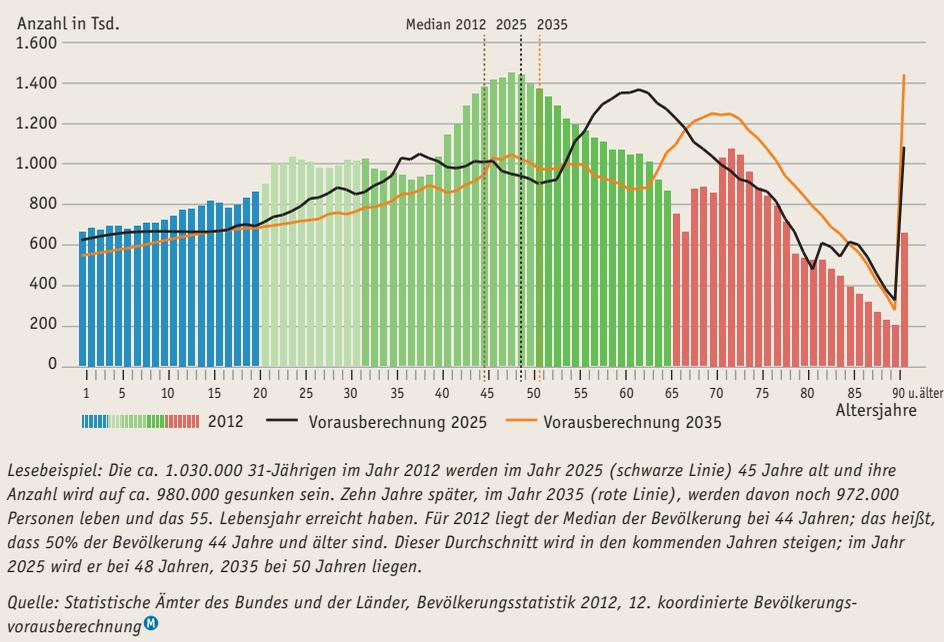
Damit die Bevölkerungszahl (ohne Betrachtung von Wanderungseffekten) konstant bleibt, muss die zusammengefasste Geburtenziffer ^M je Frau bei einem Wert von 2,1 Kindern liegen – dem sogenannten ‚Bestandserhaltungsniveau‘. Dieser Wert wurde mit einer relativ stabilen Geburtenziffer von knapp unter 1,4 in Deutschland seit etwa 40 Jahren nicht mehr erreicht. Bei einer infolgedessen rückläufigen Bevölkerungsgröße führt diese niedrige Geburtenziffer zu einer Abnahme der absoluten Geburtenzahl, da sich die Anzahl der potenziellen Mütter immer weiter verringert (**Tab. A1-1A**): Wurden im Jahr 1985 noch 814.000 Geburten verzeichnet, so sind es 2012 noch 674.000 und im Jahr 2035 voraussichtlich nur noch 547.000. Diesen Geburten stehen im Jahr 2012 rund 870.000 Sterbefälle gegenüber.

Nach wie vor ist die Geburtenziffer der Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit höher und liegt bei 1,6 gegenüber knapp 1,4 bei den deutschen Frauen. Vor 20 Jahren war diese Differenz mit 2,0 zu 1,3 noch deutlich größer (**Tab. A1-2A**).

¹ Vgl. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W1 (Wanderungssaldo von konstant 100.000 ab 2014) und 1-W2 (Wanderungssaldo von konstant 200.000 ab 2020).

² Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012). *Bildung in Deutschland 2012*, S. 17.

Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur in Deutschland 2012 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl)



Von den 2012 rund 21 Millionen 16- bis unter 55-jährigen in Deutschland lebenden Frauen haben zu diesem Zeitpunkt 58% eines oder mehrere Kinder geboren: Von den Frauen mit Migrationserfahrung sind es 72%, von denen ohne Migrationserfahrung lediglich 55%. Die meisten Mütter haben zwei Kinder; bei den Müttern mit Migrationserfahrung finden sich mit 26% gegenüber 17% jedoch deutlich mehr Frauen mit drei und mehr Kindern als bei solchen ohne Migrationserfahrung (Tab. A1-3A).

Frauen mit Migrationserfahrung mit relativ mehr Kindern

Außen- und Binnenwanderungen

Zuwanderungen aus dem Ausland konnten den natürlichen Bevölkerungsrückgang in den letzten Jahren knapp kompensieren. Der Wanderungssaldo – die Differenz von Zu- zu Abwandernden –, der in den Jahren 2008 und 2009 sogar negativ ausfiel, lag 2010 mit annähernd 128.000 Personen leicht und im Jahr 2011 mit 279.000 Personen sogar deutlich im Plus. Die größte Anzahl nach Deutschland einwandernder ausländischer Staatsbürger stammt aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Wanderungssaldo wieder deutlich positiv

Die mobilste Altersgruppe der Zuwanderer ist die der 20- bis 30-jährigen – also derjenigen, die sich zu einem großen Teil noch im Bildungssystem befinden oder gerade eine Berufstätigkeit aufnehmen; die Bildungsausländer an den Universitäten dürften einen großen Teil davon ausmachen (Abb. A1-2A). Bei den Zuwanderern gibt es hinsichtlich des Bildungsstands deutliche Unterschiede (B5).

Personen zwischen 20 und 30 Jahren stärkste Zuwanderergruppe

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung

Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier berichteten Zahlen der 12. koordinierten Vorausberechnung basieren auf der Variante 1-W1.

Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR)

Für alle Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren gilt die Kinderzahl der zusammengefassten Geburtenziffer als durchschnittlich kumulierter Wert. Sie bezeichnet eine Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens erreichen müsste, wenn ihr Geburtenverhalten sich wie das der übrigen 15- bis unter 50-Jährigen desselben Kalenderjahres verhielte.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte sowie die wirtschaftliche Entwicklung stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen haben. Wie in den Bildungsberichten zuvor wird auch an dieser Stelle ein Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte gegeben.

Wirtschaftliche Entwicklung

Positive wirtschaftliche Entwicklung trotz schwieriger Rahmenbedingungen

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 führte auch in Deutschland zu einem deutlichen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP); schon in den beiden Folgejahren setzte aber eine merkliche Erholung ein. Der Rückgang des BIP im Krisenjahr 2009 (-5,1%) konnte durch die hohen Zuwächse 2010 (+4,0%) und 2011 (+3,3%) überwunden werden. Daran hatten auch die Konjunkturprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden ihren Anteil. Die deutsche Wirtschaft sah sich in den Jahren 2012 und 2013 zunehmend mit den Folgen der lang anhaltenden Rezession in einigen europäischen Staaten und der abgeschwächten Weltwirtschaft konfrontiert. Dennoch konnte im Jahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,7%, 2013 von 0,4%, gemessen am preisbereinigten BIP, erzielt werden.

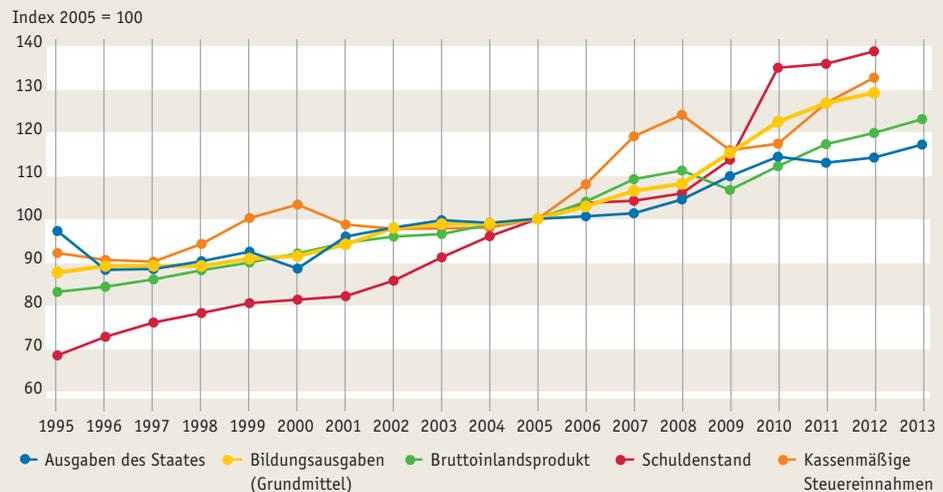
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zeigt in Deutschland weiterhin West-Ost-Gefälle

In Deutschland besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nach wie vor ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle, das sich nur langsam verringert (**Tab. A2-4web**). Das BIP je Einwohnerin und Einwohner in jeweiligen Preisen lag 2012 nach Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder in Ostdeutschland (ohne Berlin) bei 22.972 Euro. Das sind 67,1% des Wertes Westdeutschlands (ohne Berlin) in Höhe von 34.244 Euro. Mitte der 1990er-Jahre waren es 59,5% des Westniveaus.

Insgesamt positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt der letzten Jahre weist eine insgesamt positive Bilanz aus. Er zeigte sich gegenüber den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise als außerordentlich robust bezüglich Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. Hervorzuheben ist, dass das Niveau der Erwerbstätigkeit in der Krisenzeit durch eine Reihe von ar-

Abb. A2-1: Entwicklung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen 1995 bis 2013 (Index 2005 = 100)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

beitsmarktpolitischen Instrumenten, hauptsächlich durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, aber auch durch eine generelle Zunahme von atypischen Beschäftigungen gehalten werden konnte. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich moderat erhöht (2009: +0,1%; 2010: +0,5%). In den Jahren 2011 (+1,4%) und 2012 (+1,1%) folgten stabilere Zuwächse, vor allem beim Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, bei reduzierter Kurzarbeit sowie von Arbeitsgelegenheiten (*Ein-Euro-Jobs*). Erst im Jahr 2013 verlangsamte sich vor dem Hintergrund der wachstumsschwächeren Wirtschaftsentwicklung der Anstieg der Erwerbstätigkeit wieder.

Auch die Arbeitslosigkeit ist nach einem Anstieg um rund 156.000 Personen im Jahr 2009 in den Folgejahren bis 2012 jährlich gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2012 sind noch rund 2,9 Millionen Personen arbeitslos, was 6,8% aller zivilen Erwerbspersonen in Deutschland entspricht: die niedrigste Arbeitslosenquote^M seit der Vereinigung. Im Jahr 2013 nahm die Arbeitslosenquote auf 6,9% geringfügig zu – bei erheblichen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland. Der Anstieg betraf ausschließlich das frühere Bundesgebiet mit einer Quote von 6,0%, während im Osten die Quote auf 10,3% gesenkt werden konnte (**Tab. A2-5web**).

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

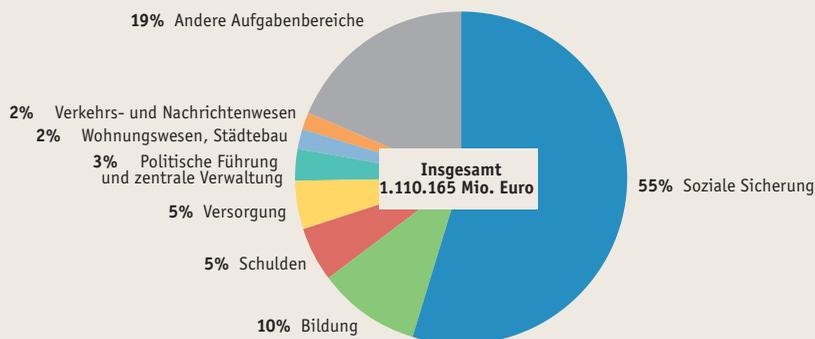
Die öffentlichen Haushalte finanzieren in Deutschland rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben^M (vgl. **B3**). Für eine Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung. Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben (Nettoausgaben^M in Abgrenzung der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte) zwischen 2000 und 2011 nominal um 16% an (**Tab. A2-1A**).

Der Anteil der Bildungsausgaben an den Nettoausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts lag im Jahr 2011 mit 9,9% über dem Wert des Vorjahres, der 9,6% betrug (**Abb. A2-2, Tab. A2-1A**). Grund dafür waren um 3,8 Milliarden Euro gestiegene Bildungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitigem moderaten Anstieg der Nettoausgaben um insgesamt 4,3 Milliarden Euro. Für 2011 betragen die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft 243 Milliarden Euro, was 9,3% des BIP entspricht (**Tab. B3-2A**).

In den letzten Jahren ist der Schuldenstand stetig angestiegen. Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 2.068 Milliarden Euro. Damit erhöhte sich der Schuldenstand im Vergleich zum Vorjahr um 42,9 Milliarden Euro.

Ein Zehntel der Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung

Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts^M 2011 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, *Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, 2011*

→ **Tab. A2-1A**

Schuldendienst und Versorgungszahlungen stellen perspektivisch starke Belastung für öffentliche Haushalte dar

Die Steuereinnahmen sind 2012 insgesamt – insbesondere durch höhere Einnahmen aus Gemeinschaftssteuern^M – weiter gestiegen. Die Steuereinnahmen verzeichnen einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 26,7 Milliarden Euro, darunter die Gemeinschaftssteuern um 22,6 Milliarden Euro (**Tab. A2-2A**). Allerdings werden der Schuldendienst und die Versorgungszahlungen an pensionierte Beamtinnen und Beamte in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine starke Bürde für die öffentlichen Haushalte sein. Die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungs- und Zinszahlungen ist zwischen 1995 und 2012 insgesamt um 23,8 Milliarden Euro – das sind rund 26% – gestiegen (**Tab. A2-3A**). Der Zuwachs ist bei den Ländern mit rund 61% hoch; ein großer Anteil entfällt dabei auf Versorgungszahlungen für pensionierte Lehrkräfte.

Längerfristig werden die Versorgungs- und Zinszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte noch stärker als bisher einschränken. Wie sich dies künftig auf das Bildungsbudget auswirken wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Methodische Erläuterungen

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote als Teil der Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit beschreibt den Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Insofern ist ‚Arbeitslosigkeit‘ streng von ‚Erwerbslosigkeit‘ (vgl. Erläuterungen zu **A3**) abzugrenzen.

Bildungsausgaben

Vgl. Erläuterungen zu **B3**.

Nettoaussgaben

Die Nettoaussgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Gebietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (wie Gebühren für Kindertageseinrichtungen) werden nicht eliminiert.

Gemeinschaftssteuern

Die Aufkommen aus den Gemeinschaftssteuern stehen nach Artikel 106 Absatz 3 des Grundgesetzes Bund, Ländern und teilweise auch Gemeinden gemeinschaftlich zu. Zu den Gemeinschaftssteuern zählen die Lohn- und die veranlagte Einkommensteuer, die nicht veranlagte Ertragssteuer, die Körperschaftssteuer, die Abgeltungssteuer sowie die Umsatz- und die Einfuhrumsatzsteuer. Je nach Steuerart sind die Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden unterschiedlich.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoaussgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

Erwerbstätigkeit

Neu im Bericht 2014, Teile im Bericht 2012 als A1 und A2

A
3

In diesem Abschnitt werden die beschäftigungsrelevanten Entwicklungen in den drei für das Bildungs- und Erwerbsleben relevanten Lebensphasen – der Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase – erörtert. Erstmals wird zudem das Verhältnis von Bildungsstand und Erwerbstätigkeit im Alter vertieft dargestellt.

Struktur der Erwerbsbevölkerung

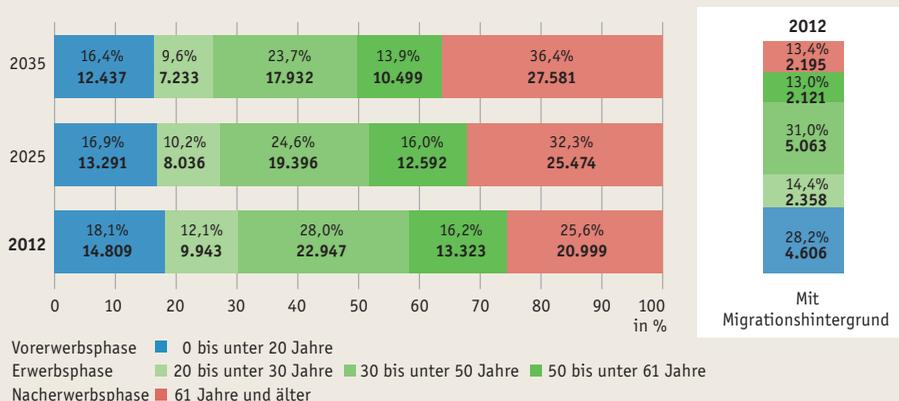
Die Bevölkerungsvorausberechnung^M macht deutlich, dass bei den gegebenen Annahmen in den kommenden Jahren immer weniger junge Menschen einer steigenden Anzahl älterer Menschen gegenüberstehen werden. Unter ‚Erwerbsphase‘ wird hier der Zeitabschnitt verstanden, in dem empirisch ermittelt aktuell mindestens 50% der Bevölkerung eines Altersjahrgangs erwerbstätig^M sind; für 2012 ergibt sich so eine Altersspanne von 20 bis 61 Jahren. Die Erwerbsphase der Männer (19 bis 62 Jahre) beginnt entsprechend dieser Klassifizierung ein Jahr früher und endet zwei Jahre später als die der Frauen (20 bis 60 Jahre). Die obere Grenze der Erwerbstätigkeit hat sich gegenüber dem Jahr 2000 bei beiden Geschlechtern merklich in Richtung einer längeren Erwerbstätigkeit verschoben. Die Erwerbsquoten der Frauen sind im Alter zwischen etwa 26 und 42 Jahren – der Phase der Familiengründung – niedriger; auch sinkt parallel dazu das Arbeitsvolumen.³

Die Anzahl der Personen in der Vorerwerbsphase (unter 20 Jahren) wird bis 2035 sowohl absolut als auch anteilmäßig zurückgehen. Gehören ihr – relativ zu den oben empirisch ermittelten Grenzen – im Jahr 2012 noch 18% der Bevölkerung (15 Millionen Menschen) an, werden es 2035 nur noch 16% sein; das entspricht einem Rückgang um gut 2 Millionen Menschen. Eine gegenläufige Entwicklung zeigt sich hingegen bei den Personen in der Nacherwerbsphase (61 Jahre und älter), deren Anteil an der Gesamtbevölkerung um gut 10 Prozentpunkte von aktuell 26% (21 Millionen) auf 36% steigen wird. Um 2035 anteilig die gleiche Anzahl von Erwerbspersonen wie 2012 verfügbar zu haben, müsste die Erwerbsphase bei gleichem Eintrittsalter – so die Rahmenbedingungen sich nicht ändern – um 7 Jahre verlängert werden, also die Altersspanne von 20 bis 67 Jahren umfassen (Abb. A3-1, Tab. A3-1A).

Dauer der Erwerbsphase verlängert sich insgesamt

Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung auch in Zukunft rückläufig

Abb. A3-1: Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt 2012, 2025 und 2035 sowie für die Bevölkerung nach Migrationshintergrund 2012

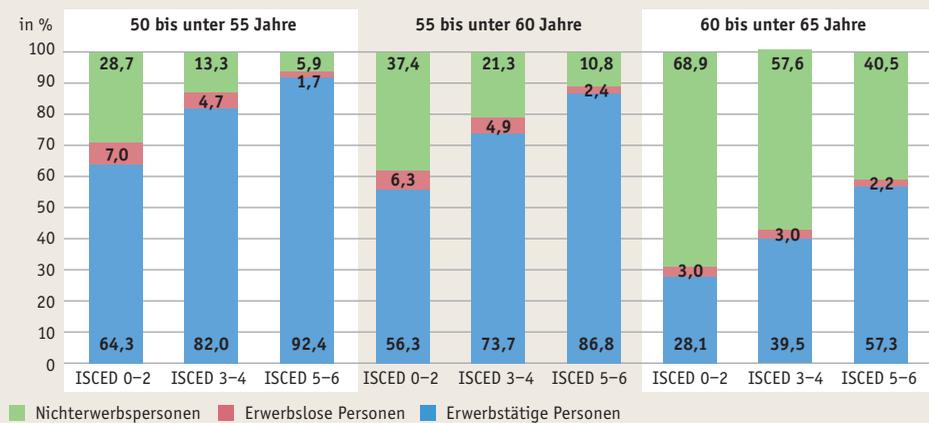


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

→ Tab. A3-1A

³ Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012). Bildung in Deutschland 2012, S. 18.

Abb. A3-2: Erwerbsbeteiligung^M der 50- bis unter 65-Jährigen nach Bildungsstand 2012 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012

→ Tab. A3-2A

Differenziert man in diesem Zusammenhang nach dem Migrationshintergrund, so ergibt sich: Personen ohne Migrationshintergrund befinden sich 2012 zu 29% in der Nacherwerbsphase, das sind gegenüber 15% in der Vorerwerbsphase beinahe doppelt so viele Menschen. Ein entgegengesetztes Bild zeigt sich hingegen bei den Personen mit Migrationshintergrund: Mit 28% gegenüber 13% befinden sich hier mehr als doppelt so viele Menschen in der Vorerwerbs- wie in der Nacherwerbsphase (Tab. A3-1A).

**Arbeitsmarkt:
Langfristige Engpässe
im mittleren
Qualifikationsbereich
erwartet**

Aktuelle Untersuchungen⁴ zeigen, dass sich der Anteil der Erwerbspersonen entsprechend den verschiedenen Qualifikationsniveaus, aber auch die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahre 2030 nachdrücklich verändern werden. Insgesamt wird im Bereich der Hochqualifizierten (Meister, Techniker und Hochschulabsolventen entsprechend ISCED 5/6) voraussichtlich ein größeres Angebot an Erwerbspersonen vorhanden sein, die Nachfrage aber nicht entsprechend steigen. Die Nachfrage nach Personen im mittleren Qualifikationsbereich (ISCED 3/4) wird sich stärker positiv entwickeln und größer als das Angebot sein; es werden sich Engpässe ergeben. Im Bereich der Niedrigqualifizierten (ISCED 1/2) werden sowohl das Angebot als auch die Nachfrage bis zum Jahr 2030 voraussichtlich deutlich sinken.

Erwerbstätigkeit im Alter

**Bildungsstand
und Erwerbstätigkeit
korrelieren
im Alter stark**

In der Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen zeigt sich deutlich, dass die Erwerbstätigkeit mit dem Lebensalter und dem erreichten Bildungsstand korreliert: In drei gleich große Altersgruppen unterteilt sind 2012 die Personen mit hohem Bildungsstand (ISCED 5/6) in allen drei Altersgruppen zu rund 30% häufiger erwerbstätig als jene mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2). Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt jedoch deutlich ab: Sind noch 64% der Niedrigqualifizierten 50- bis unter 55-Jährigen und 92% der altersgleichen Hochqualifizierten erwerbstätig, sind dies bei den 60- bis unter 65-Jährigen weniger als ein Drittel bei den Niedrig- bzw. 57% bei den Hochqualifizierten (Abb. A3-2, Tab. A3-2A).

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung
Vgl. Erläuterungen zu A1.

Erwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung
Vgl. Glossar: Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept.

⁴ Maier, T., Zika, G., Wolter, M. I., Kalinowski, M. & Helmrich, R. (2014). Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung, BIBB-Report 23/14, S. 1-16.

Familien- und Lebensformen

Zuletzt im Bildungsbericht 2012 als A3

A
4

Ein wichtiger Faktor für einen erfolgreichen Bildungsweg bei Kindern ist ihr familiäres und soziales Umfeld: Hier werden durch unterschiedliche Arten von Förderungen die Grundlagen für spätere Bildungskarrieren gelegt (vgl. C1). Im Folgenden werden die Entwicklungen der Familien- und Lebensformen ^M detailliert betrachtet, wobei – erstmals im Bildungsbericht – die Alleinerziehenden in den Fokus genommen werden. Soziale, finanzielle und bildungsbezogene Risikofaktoren der Kinder werden vertieft analysiert.

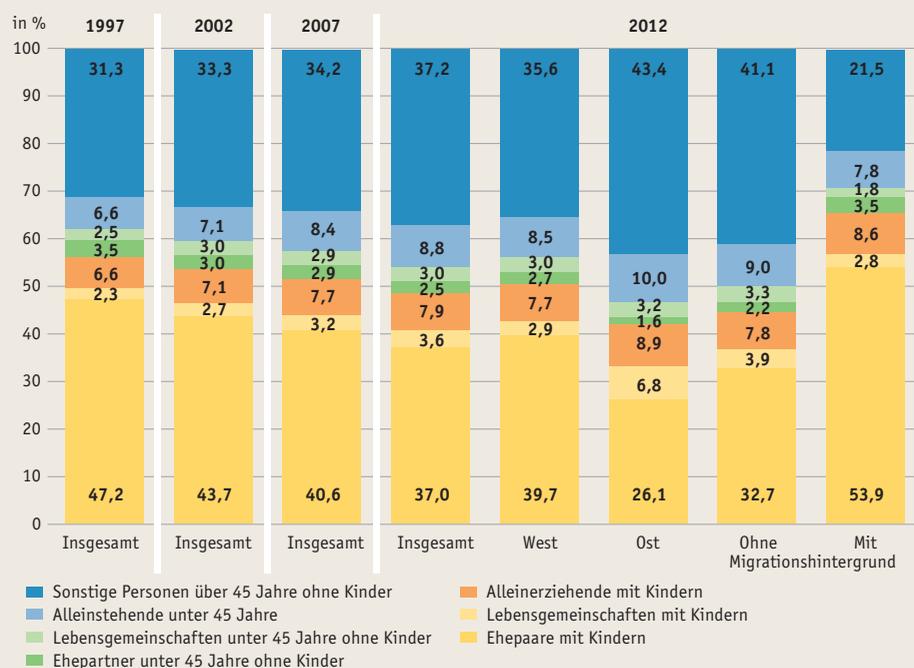
Familien- und Lebensformen

Mit knapp 49% lebt 2012 erstmals etwas weniger als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, also als Erwachsene mit ihren nicht volljährigen Kindern, in einem Haushalt. Vor 15 Jahren lag dieser Anteil mit 56% noch deutlich höher und ist seitdem kontinuierlich gesunken. Mit 50% gegenüber 42% gibt es dabei im Westen anteilig mehr Personen in Familienstrukturen als im Osten. Insbesondere dort ist der Anteil dieser Form des Zusammenlebens in den letzten fünf Jahren weiter zurückgegangen – ein Effekt, der auch mit der demografischen Entwicklung, insbesondere dem starken Geburtenrückgang nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, zusammenhängt (Abb. A4-1, Tab. A4-1A).

Erstmals lebt weniger als die Hälfte der Bevölkerung in Familien mit Kindern

Ehepaare mit ihren Kindern sind in Deutschland nach wie vor die häufigste Lebensform mit 37%, trotz eines Rückgangs um 4 Prozentpunkte seit 2007 und um fast 11 Prozentpunkte seit 1997. Knapp 40% der Bevölkerung in Westdeutschland und 26% in Ostdeutschland leben in dieser Form zusammen. Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland insgesamt ist dieser Anteil mit 54% und

Abb. A4-1: Bevölkerung Deutschlands 1997, 2002, 2007 und 2012 nach Lebensformen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ Tab. A4-1A

einem Abstand von 21 Prozentpunkten zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund besonders hoch (**Abb. A4-1**).

Als Lebensgemeinschaften, also nicht verheiratete Eltern mit ihren Kindern, leben 4% der Bevölkerung in Deutschland; diese Lebensform hat seit 1997 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Der entsprechende Anteil fällt in Ostdeutschland mit 7% gegenüber 3% in Westdeutschland mehr als doppelt so hoch aus (**Abb. A4-1**).

Der Anteil der Alleinerziehenden mit ihren Kindern ist mit knapp 8% gegenüber 2007 relativ konstant geblieben, der Anstieg hat damit gegenüber den Vorjahren merklich nachgelassen. Größere Unterschiede zeigen sich hier weder zwischen Ost- und Westdeutschland noch zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (**Abb. A4-1**).

Alleinerziehende

**Männer deutlich
seltener
alleinerziehend
als Frauen**

Wenn auch davon ausgegangen werden kann, dass die Bevölkerungsgruppe der Alleinerziehenden größeren Fluktuationen unterliegt – insbesondere durch sich auflösende Partnerschaften kommen Personen hinzu, durch sich neu bildende Partnerschaften oder das ‚Herauswachsen‘ der Kinder verlieren Personen diesen Status –, ist das Merkmal ‚Alleinerziehend‘ nichtsdestoweniger mit besonderen Risikolagen für die Kinder verbunden.

Von den etwa 1,6 Millionen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern im Haushalt sind gut 90% weiblich. Männer sind eher in der Rolle des Alleinerziehenden, wenn die Kinder älter sind: Bei über 70% der alleinerziehenden Männer ist das jüngste Kind bereits über zehn Jahre alt, der entsprechende Anteil bei den Frauen liegt bei unter 50% (**Tab. A4-2A**).

Das Durchschnittsalter der alleinerziehenden Männer liegt mit 45 Jahren gegenüber 39 Jahren deutlich höher als das der Frauen. 58% der Alleinerziehenden-Familien sind Ein-Kind-Familien, in 32% leben zwei, in 10% drei und mehr Kinder. Die Kinderzahl liegt damit unter jener anderer Familienformen, in denen in 38% ein Kind, 45% zwei Kinder und bei 17% drei und mehr Kinder leben (**Tab. A4-2A**).

**Bildungsstand der
Alleinerziehenden
niedriger als der der
Paarerziehenden**

Der Bildungsstand  der Alleinerziehenden ist gegenüber den Paarerziehenden (Ehepaaren und Lebensgemeinschaften mit Kindern) erkennbar niedriger: Während Alleinerziehende zu 23% einen niedrigen Bildungsstand (ISCED 0–2) haben, ist der entsprechende Anteil bei den Paarerziehenden mit 14% deutlich geringer. Sowohl bei den Paar- als auch bei den Alleinerziehenden zeigt sich, dass die Männer einen deutlich höheren Bildungsstand aufweisen als die Frauen; so haben 34% der männlichen gegenüber 25% der weiblichen Erziehenden in Paarfamilien einen hohen Bildungsstand (ISCED 5–6), bei den alleinerziehenden Männern sind es 29% gegenüber 19% bei den Frauen (**Tab. A4-2A**; vgl. **B5**).

Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit macht es, lässt man das Alter der minderjährigen Kinder zunächst außer Acht, bei den Frauen keinen Unterschied, ob sie allein- oder paarerziehend sind: 70% der Frauen gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Demgegenüber sind Männer zu 92% erwerbstätig, wenn sie paarerziehend sind, und immerhin noch zu 80% erwerbstätig, wenn sie alleinerziehend sind (**Tab. A4-2A**). Nach dem Alter des jüngsten Kindes in der Familienform differenziert ergibt sich ein anderes Bild: Der Anteil der erwerbstätigen Männer in Paarfamilien ist vom Alter des jüngsten Kindes unabhängig, der der Frauen in diesen Familien nimmt mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes deutlich und kontinuierlich zu – von 53% bei unter 3-Jährigen auf 79% bei 16- und 17-jährigen Kindern. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Kinderbetreuung in Paarfamilien weiter vorrangig in Frauenhand liegt (vgl. **C1**). Ein hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung ähnlicher Befund zeigt sich bei den Allein-

erziehenden, bei denen der Anteil der Erwerbstätigen mit dem Alter des jüngsten Kindes deutlich zunimmt. Die Erwerbstätigenquote ist bei den Männern durchgehend höher als bei den Frauen: Sie liegt bei 66% gegenüber 41%, wenn die Kinder jünger als drei Jahre sind. In den Altersgruppen ab 6 Jahren überwiegt der Anteil erwerbstätiger Männer mit rund 3 Prozentpunkten nur noch leicht (**Tab. A4-3A**). Es bleibt abzuwarten, ob der 2013 eingeführte Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr künftig zu abweichenden Befunden führen wird (vgl. C).

Kinder aus Familien mit Risikolagen

In Deutschland ist seit Jahren ein besonders enger Zusammenhang zwischen familiären Lebensverhältnissen, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb nachweisbar. Einige Strukturmerkmale von Familien – Bildungsniveau, sozioökonomischer Status, Erwerbsbeteiligung – beschreiben Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse der Kinder. Hieraus können drei Arten von Risikolagen abgeleitet werden: das Risiko eines bildungsfernen Elternhauses, eine soziale sowie eine finanzielle Risikolage.

Von einem *bildungsfernen Elternhaus* wird gesprochen, wenn die Eltern beide weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch eine Hochschulzugangsberechtigung, also keinen Bildungsabschluss entsprechend ISCED 3 oder höher, vorweisen können. Fehlen solche formalen Bildungsabschlüsse, kann dies beispielsweise aufgrund mangelnder Unterstützungsmöglichkeiten als Risikolage für die Kinder gewertet werden und damit als ein Prädiktor für eine mögliche ungünstige Entwicklung (vgl. B4). Der Anteil der Kinder aus Familien mit dieser Risikolage ist seit 2005 rückläufig und liegt 2012 bei 11,5% (**Tab. A4-4A**).

Anteil der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern rückläufig

Kinder Alleinerziehender und von Eltern mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich oft dem Risiko eines bildungsfernen Elternhauses ausgesetzt. Hinsichtlich des Migrationshintergrunds muss die Situation differenziert betrachtet werden: Kinder von Eltern türkischer Herkunft sind zu 51,0%, aus sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten zu 31,5% einem Bildungsrisiko ausgesetzt, während Kinder von Eltern aus den EU-27-Staaten (ohne Deutschland) mit 11,2% auf dem Niveau von Deutschland insgesamt liegen (**Tab. A4-4A**).

Eine *soziale Risikolage* liegt vor, wenn kein Elternteil erwerbstätig^M ist. Erwerbstätigkeit kann Familien durch ihre Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens eröffnen. Bei zwei Dritteln aller Kinder sind heute beide Eltern erwerbstätig. Jungen und Mädchen aus Familien, in denen niemand erwerbstätig ist, befinden sich in diesem Sinne in einer Risikolage; davon sind, bei leicht rückläufiger Tendenz seit 2005, 9,4% der Kinder betroffen. Allerdings geht noch immer bei fast jedem dritten Kind (32,1%) von Alleinerziehenden dieser Elternteil keiner Erwerbstätigkeit nach. Unter den Kindern von Familien mit Migrationshintergrund sind 13,3% von dieser Risikolage betroffen (**Tab. A4-4A**).

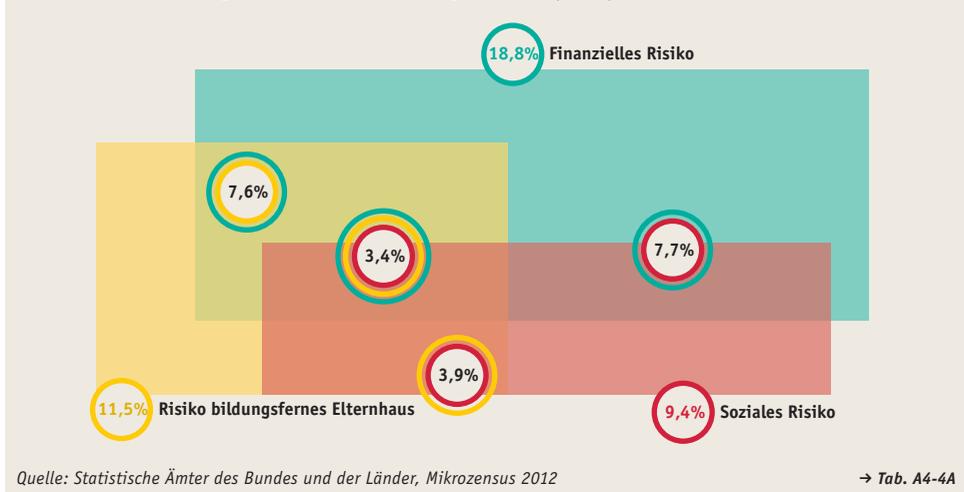
Soziale Risikolage in Familien leicht rückläufig

Eine *finanzielle Risikolage* wird angenommen, wenn das Familieneinkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze^M von 60% des Durchschnittsäquivalenzeinkommens liegt. 2012 liegt der Anteil der Kinder, die einem finanziellen Risiko ausgesetzt sind, bei 18,8%. Dieser Wert war in den Jahren seit 2005 uneinheitlichen Schwankungen unterworfen. Kinder von Alleinerziehenden sind mit 40,8% besonders stark von dieser Risikolage betroffen. Auch bei den Kindern mit Migrationshintergrund ist der Anteil mit 30,2% sehr hoch, bei Eltern türkischer Herkunft beträgt er sogar 39,6% (**Tab. A4-4A**).

Weiterhin hoher Anteil armutsgefährdeter Kinder

Risikolagen können sich auf unterschiedliche Weise überschneiden. Der Anteil der Kinder, die in von allen drei Risikolagen betroffenen Haushalten aufwachsen, hat sich seit 2005 kontinuierlich verringert und liegt 2012 bei 3,4%. Es gibt einen

Abb. A4-2: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2012 (in %)



Kinder weniger häufig von mehreren Risikolagen gleichzeitig betroffen

deutlichen Unterschied, ob beide Elternteile im Haushalt wohnen oder ob es sich um Alleinerziehende handelt: Bei Letzteren ist der Anteil derer, die von allen drei Risikolagen betroffen sind, mit 11,7% über siebenmal höher als bei Paarerziehenden mit 1,6%. Bei Familien mit Migrationshintergrund leben 6,2% der Kinder in dieser Risikolagenkombination. Die deutlichste Verbesserung seit 2005 – bei immer noch hohem Niveau – zeigt sich bei den Familien türkischer Herkunft: Hier ist der Anteil um gut ein Drittel von 14,5% auf 10,8% gesunken (Tab. A4-4A).

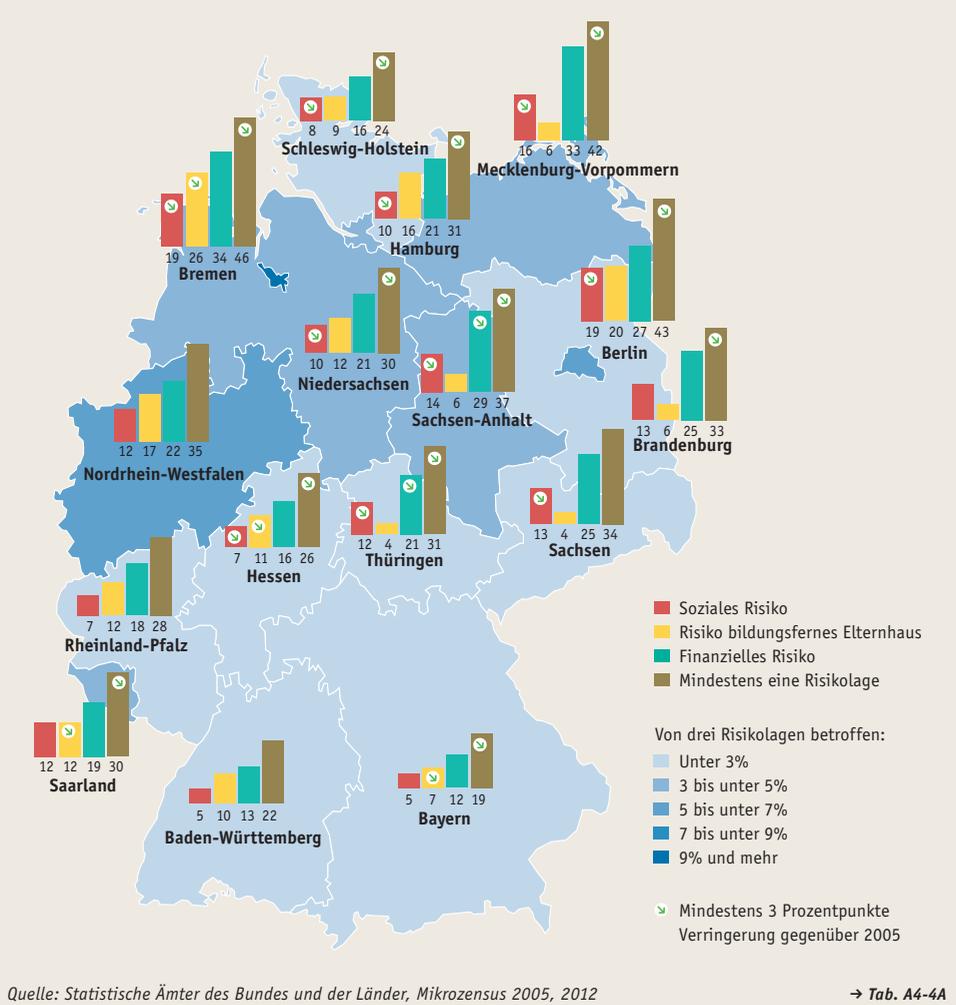
Vergleichsweise selten ist das Vorliegen einer sozialen Risikolage, also der Erwerbslosigkeit der Eltern, ohne gleichzeitigem Vorliegen eines finanziellen Risikos oder von Bildungsferne: Nur 1,3% der Kinder wachsen unter dieser Bedingung auf. Auf der anderen Seite wachsen immerhin 7,0% der Kinder in einer finanziellen Risikolage auf, ohne auch dem sozialen oder dem Bildungsrisiko ausgesetzt zu sein (Abb. A4-2).

Familien türkischer Herkunft besonders häufig in Risikolagen – trotz Rückgang

Von mindestens einer Risikolage ist in Deutschland mit immerhin 29,1% fast jedes dritte Kind betroffen. In der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund beträgt der Anteil 47,2% und ist seit 2005 um knapp 7 Prozentpunkte gefallen. In Familien mit türkischem Hintergrund ist der Anteil um 7 Prozentpunkte auf nunmehr 68,2% gesunken (Tab. A4-4A).

Die einzelnen Werte für die jeweiligen Risikolagen unterscheiden sich zwischen den Ländern zum Teil erheblich: Sind in Bayern 19,4% der Kinder von mindestens einer Risikolage bedroht, so trifft dies in Bremen auf 45,6% zu. Deutlich wird auch, dass in den ostdeutschen Ländern das Risiko, in einem bildungsfernen Elternhaus zu leben, weiterhin deutlich geringer ist als im übrigen Deutschland (Abb. A4-3, Tab. A4-5web).

Abb. A4-3: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2012 nach Ländern (in %)



Methodische Erläuterungen

Familien- und Lebensformen

Gemäß dem Mikrozensus ist ‚Lebensform‘ der Oberbegriff über alle Formen des Zusammenlebens in Haushalten. Als ‚Familien(formen)‘ werden hier drei Formen des Zusammenlebens mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt bezeichnet: Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende mit Kindern. Weitere Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende. Zu beachten ist, dass Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, sowie Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung dabei unberücksichtigt bleiben.

Bildungsstand

Vgl. Erläuterungen zu **B5**.

Erwerbstätigkeit

Vgl. Glossar: Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept.

Armutsgefährdungsgrenze

Als Einkommen zur Bestimmung der Armutsgefährdungsgrenze werden die Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Beim Äquivalenzeinkommen handelt es sich um eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die modifizierte OECD-Skala verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Bei weniger als 60% des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens wird von einer Armutsgefährdung ausgegangen.

Perspektiven

Die steigende Lebenserwartung bei gleichzeitig geringen und weiter sinkenden Geburtenzahlen zieht aktuell und auf lange Sicht eine Alterung der Gesellschaft und eine Verringerung der Bevölkerungszahl nach sich. Immer weniger Kinder treten ins Bildungssystem ein. Nach und nach erreichen geburtenschwache Jahrgänge weiterführende Schulen und schließlich Hochschulen und die Phase der Berufsbildung. Selbst bei erhöhter Bildungsaktivität im Erwachsenenalter geht die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insgesamt deutlich zurück.

Der stetig steigende Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund – durch Zuwanderungen nach Deutschland, aber mehr noch durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung – stellt die Politik vor die Aufgabe, die besonderen Defizite und Fähigkeiten dieser Personengruppe in angemessener Weise zu berücksichtigen, auch und gerade im Bereich von Bildung. Eine stärkere Unterstützung beim Spracherwerb und die Erleichterung von Anerkennungsverfahren im Ausland erworbener Berufsschlüsse sind hier nur zwei Beispiele.

Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird langfristig deutlich abnehmen: Geburtenstarke Jahrgänge erreichen die Renteneintrittsgrenze, nachrückende geburtenschwache Jahrgänge werden den Verlust an Erwerbspersonen nicht ausgleichen. Aktuell ist eine Tendenz zu einer längeren Erwerbstätigkeit im Alter zu erkennen, die sich unter anderem in Änderungen der Bedingungen für den Renten- und Pensionseintritt niederschlägt und eine weitere Ausdehnung der Erwerbsphase zur Folge hat. Eine immer längere Erwerbsphase bedeutet auch, dass die Erwerbstätigen sich länger weiterbilden müssen, womit ein nutzergerechtes Aus- und Weiterbildungsangebot weiter an Bedeutung gewinnt.

Deutschland hat sich von der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2009 weitgehend erholt. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit 2010 kontinuierlich gestiegen und liegt inzwischen wieder über dem Niveau vor der Krise. Erreicht wurde dieser Umschwung nicht zuletzt durch Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand, von denen auch das Bildungssystem

profitierte: Durch das Zukunftsinvestitionsgesetz wurden seit 2009 zusätzlich 8,7 Milliarden Euro in die Bildung investiert.

Noch nicht absehbar ist, wie sich die von Bund und Ländern beschlossene Schuldenbremse auf die Bildungsausgaben auswirken wird. Diese im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. Im Rahmen einer Übergangsregelung ist festgelegt, dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind.

Ältere Arbeitnehmer sind weiterhin mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert. Insbesondere Personen, die im höheren Alter arbeitslos geworden sind, finden häufig keine Neuanstellung. Der oft mit dem Schlagwort *demografischer Wandel* verbundene Fachkräftemangel mag hier mittel- bis langfristig zu Änderungen führen: Es ist deutlich zu erkennen, dass höher qualifizierte ältere Arbeitnehmer weniger stark von Erwerbslosigkeit betroffen sind als geringere Qualifizierte.

In den letzten fünf Jahren ist bei allen drei mit Bildung in Zusammenhang stehenden Risikolagen durchweg eine leichte Verbesserung zu beobachten. Dennoch sehen sich weiterhin überdurchschnittlich häufig Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund Risikolagen ausgesetzt, wobei deutliche Unterschiede je nach Herkunftsregion zu verzeichnen sind. Es ist festzuhalten, dass ein Migrationshintergrund an sich keinesfalls als Risikolage zu begreifen ist, sondern dass finanzielle, soziale und bildungsspezifische Härten bei Personen dieser Bevölkerungsgruppe überproportional häufig auftreten. Hinsichtlich des bildungsspezifischen Risikos der Zugezogenen ergibt sich unter Umständen eine neue Sachlage durch das am 1. April 2012 in Kraft getretene Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz; die bisherige Inanspruchnahme dieses Angebots gibt allerdings noch nicht zu besonderem Optimismus Anlass (vgl. G3).